

KONJUNKTURREPORT

19. Jg., Ausgabe 4, Dezember 2019

Konjunkturstabilisierung auf niedrigem Niveau

Die **Weltwirtschaft** befindet sich weiterhin im Abschwung. Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich im vierten Quartal weiter eingetrübt. In den Industrieländern, vor allem in den USA, verschlechterten sich insbesondere die Aussichten für die nächsten sechs Monate. In den Schwellenländern, vor allem in Asien, wurde insbesondere die aktuelle Lage ungünstiger beurteilt. Es gibt aber auch Anzeichen für eine Festigung der globalen Konjunktur. So hat sich der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe in den letzten Monaten stabilisiert, und der Index für den Dienstleistungssektor blieb im Wachstumsbereich. Der Welthandel leidet unter dem Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie der wirtschaftspolitischen Unsicherheit, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Brexit. Das Welthandelsvolumen ist im Durchschnitt der ersten neun Monate im Vorjahresvergleich um 0,4 % gesunken, aber im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,5% gestiegen.

In den **USA** stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal wie bereits im zweiten um 0,5 %. Positive Wachstumsbeiträge kamen vom privaten und vom öffentlichen Konsum, während die Investitionen leicht sanken. Die Importe stiegen etwas stärker als die Exporte. In **Japan** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung zwischen Juli und September um 0,1%, nach 0,4 % im zweiten Quartal. Aufgrund von Vorzieheffekten vor der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Oktober wuchs der private Konsum recht kräftig. Hingegen gingen die Exporte wegen der Handelskonflikte deutlich zurück. In **China** nahm das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal um 1,5 % zu, nach 1,6% im zweiten Quartal. Im Vorjahresvergleich ging das Wachstum von 6,2 % auf 6,0 % und damit auf den niedrigsten Anstieg seit 27 Jahren zurück. Der Handelskonflikt mit den USA und eine sich abschwächende Binnennachfrage belasten die Konjunktur. Im **Euroraum** ist das BIP im dritten Quartal wie bereits im zweiten um 0,2 % gestiegen; in der **EU28** nahm das BIP im dritten Quartal um 0,3 % zu, nach 0,2 % im zweiten Quartal. In Mittel- und Osteuropa blieb das Wachstum kräftig. In Spanien und Frankreich nahm die Wirtschaftsleistung um 0,4 % bzw. 0,3 % zu, in Deutschland und Italien jeweils um 0,1 %.

In **Österreich** stieg das saisonbereinigte BIP (Trend-Konjunktur-Komponente) im dritten Quartal wie bereits im zweiten um 0,2 % (Eurostat-Berechnung: jeweils 0,1 %). Der private und der öffentliche Konsum blieben die Konjunkturstützen. Hingegen sanken die Ausrüstungsinvestitionen, und bei den Bauinvestitionen schwächte sich die Dynamik ab. Die Exporte und die Importe erhöhten sich etwa im selben Ausmaß. Dabei war die Dynamik etwa so hoch wie im zweiten Quartal, aber deutlich geringer als im Jahr 2018. Wegen der globalen Nachfrageschwäche beschleunigte sich der Rückgang der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von 0,1 % im zweiten auf 0,4 % im dritten Quartal. In der Bauwirtschaft stieg die Wertschöpfung weiterhin, aber nur noch um 0,1 %. Hingegen blieb die Dynamik im konsumorientierten Dienstleistungsbereich kräftig.

Auch in **Kärnten** schwächt sich die Konjunktur ab. Der Produktionsindex für den produzierenden Bereich war im Durchschnitt der Monate Jänner bis August um 4,0 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Österreich im Zeitraum Jänner bis September: 2,6 %). In den letzten drei Monaten ging die Produktion im Jahresvergleich zurück, wobei sich der Abschwung beschleunigte. In der Sachgütererzeugung sank die Produktion im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres in Kärnten um 1,6 %, während sie in ganz Österreich noch um 0,7 % stieg. In der Bauwirtschaft blieb die Produktion sehr kräftig. In Kärnten nahm der Produktionsindex um 17,2 % und in ganz Österreich um 5,8 % zu (Hochbau: Kärnten 17,6 %, Österreich 6,5 %, Tiefbau: Kärnten 13,9 %, Österreich 2,0 %). Die Branchenumfrage der Industriellenvereinigung deutet auf eine weitere Eintrübung der Industriekonjunktur in Kärnten hin. Bei der jüngsten Umfrage im dritten Quartal beurteilten die Unternehmen vor allem die Zukunftsaussichten skeptisch. Dies betrifft die Produktion, die Auftragslage und die Beschäftigung. Das KIHS erwartet derzeit, dass das reale Bruttoregionalprodukt in Kärnten im Jahr 2019 um 1,4 % und damit etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt steigt. Die Risiken sind aufgrund der wirtschaftspolitischen Unsicherheit deutlich abwärts gerichtet.

Klaus Weyerstraß

Interview mit Martin Wagner



Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Martin Wagner ist seit 1.10.2019 am Institut für Volkswirtschaftslehre der Alpen-Adria-Universität (AAU) Klagenfurt. Das Interview mit ihm (MW) führte Norbert Wohlgemuth (NW).

NW: Warum hast Du Dich entschieden an die AAU zu kommen?

MW: Der Wechsel an die AAU hatte mehrere Gründe. Zum Einen die Rückkehr nach Österreich und zum Zweiten die Gestaltungsmöglichkeiten hier. Damit meine ich zuerst natürlich die Chancen an der AAU, aber auch jene darüber hinaus – z.B. die Kombination meiner Tätigkeit an der Universität mit meiner Teilzeittätigkeit als Chief Economic Advisor in der slowenischen Notenbank, in welcher ich bis Ende 2018 Chief Economist und Executive Director war. Ich denke, dass die Region, Stichwort Alpen-Adria-Raum, vielfältige Möglichkeiten der Kooperation in Lehre und Forschung bietet. Von der Lebensqualität müssen wir ja gar nicht reden.

NW: An welche konkreten Kooperationsmöglichkeiten denkst Du dabei?

MW: Im universitären Bereich verfolge ich derzeit primär zwei Kooperationsvorhaben. Einerseits engagiere ich mich bei der Etablierung eines möglichen Masterstudienganges Wirtschaftsmathematik, der als Dual Degree Studiengang mit einer oder mehreren Partnerunis in der Region gestartet werden könnte. Andererseits bin ich seit vielen Jahren Gastprofessor an der Universität Ljubljana, mit welcher ich vielfältige Kooperationsmöglichkeiten sehe, nicht zuletzt im CESEE-Net. Beide Projekte sind für mich von entscheidender Bedeutung, da das Institut für VWL an der AAU bis jetzt lediglich „Zulieferer“ für Betriebswirtschaftsstudien ist. Das ist natürlich ein gravierender strategischer Nachteil für uns als Institut und Forschungsstätte, den wir durch neue Studiengänge und Kooperation auszugleichen versuchen wollen. Ich glaube, dass eine fundierte wirtschaftswissenschaftliche und methodische Ausbildung vor dem Hintergrund der Schlagworte Digitalisierung, Big Data, etc. von immer größerem Nutzen sein wird. Ein Wirtschaftsmathematikstudium kann hier ein echter Gewinn sein. Bezüglich der Kooperation auf Doktoratsniveau gibt es

auch lose Gespräche mit Graz; und natürlich mit Ljubljana.

NW: Wie siehst Du die Forschungslandschaft und die Kooperationsmöglichkeiten in Kärnten innerhalb und außerhalb der AAU?

MW: Gut, ich bin jetzt erst seit zwei Monaten vor Ort und daher vielleicht nicht über alles informiert. Außerhalb der AAU habe ich bis jetzt erst wenige Kontakte geknüpft, möchte dies aber ändern. Ein wichtiger Player für die angewandte wirtschaftswissenschaftliche Forschung kann natürlich das KIHS sein. Leider gibt es für das Institut derzeit keine Basisfinanzierung. Das halte ich für einen Fehler, denn Wirtschaftskompetenz vor Ort zu haben ist für eine dynamische Region ein wesentliches Asset. Wir beide, lieber Norbert, haben auch schon darüber geplaudert, ob und wie es gelingen könnte, dem KIHS neuen (finanziellen und inhaltlichen) Schub zu verleihen. Ich bin selbst gerne bereit mich hier einzubringen. Ein erster Schritt könnte sein, die möglichen Benefits den öffentlichen und privaten Entscheidungsträgern nochmal näher zu bringen. Darüber hinaus wäre meines Erachtens das KIHS auch eine wunderbare Plattform für wirtschaftswissenschaftlichen Gedankenaustausch, der mir persönlich hier zu wenig stattfindet.

NW: Was möchtest Du in den nächsten fünf Jahren erreichen.

MW: Viel - und zwar sowohl in der Lehre als auch in der Forschung. Grundsätzlich möchte ich dazu beitragen, die Lehre an der AAU stärker an die Forschung anzubinden. Es ist vielleicht etwas verfrüht das zu sagen, aber in mancherlei Hinsicht scheint mir die AAU näher an einer Fachhochschule zu sein als an einer führenden Universität. Das halte ich für suboptimal: die wohl dynamischste Wirtschaftsregion Silicon Valley hat sich um eine führende Forschungsuniversität (Stanford) – mit einem der besten VWL-Institute und einer der besten Business Schools (um auf meine Fakultät Bezug zu nehmen) – entwickelt und nicht um eine Fachhochschule. Bewusstsein zu schaffen für den raschen technologischen Wandel und seine Implikationen für forschungsgeleitete, quantitativ orientierte Ausbildung steht bei mir demgemäß ganz oben auf der Agenda. Österreich ist ein ressourcenarmes Hochlohn- und damit Hochpreisland. Das kann nur so bleiben, wenn es weiterhin gelingt entsprechend hochqualitative Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Dafür brauchen wir Forschung und Entwicklung auf höchstem Niveau. Bezüglich der Forschung ist mein Ziel, ähnlich wie bei meiner Professur an der TU Dortmund, eine international kompetitive und sichtbare Forschungsgruppe zu unseren Themen zu etablieren.

Der Lebenslauf von Prof. Wagner ist auf <https://www.aau.at/volkswirtschaftslehre/team/univ-prof-dr-martin-wagner/> verfügbar.

Kommentar: „Kassen voll, Land kaputt“?

Die Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung in den vergangenen Monaten hat zu Rufen nach zusätzlichen Ausgaben der öffentlichen Hand geführt, um die wirtschaftliche Dynamik in Europa wieder zu beleben. Ganz im Sinne des Keynesianismus werden höhere staatliche Investitionen gefordert, zumal die Europäische Zentralbank (EZB) ihr Pulver bereits verschossen hat und damit als wirtschaftspolitisches Instrument nur noch die Fiskalpolitik in Frage kommt. So gesehen ist es nicht überraschend, wenn die EZB-Präsidentin Länder mit budgetärem Spielraum (vor allem Deutschland und die Niederlande, auch Österreich?) zu höheren staatlichen Ausgaben auffordert. Damit soll eine bessere Balance zwischen Geld- und Fiskalpolitik hergestellt und vor allem Infrastrukturprojekte, Digitalisierung und Klimaschutzbemühungen (z.B. der geplante „Green Deal“ der neuen Europäischen Kommission) vorangebracht werden.

Dieses Argument erscheint auf den ersten Blick plausibel, ist jedoch nicht überzeugend, nicht nur, weil der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Verschuldung Grenzen setzt. In Deutschland, das knapp an einer technischen Rezession vorbeischrämmt, maskiert das spärliche Wachstum zwei widersprüchliche Entwicklungen: Einerseits ist das stark exportorientierte Segment der Wirtschaft von schwacher Nachfrage und Unsicherheit in Zusammenhang mit dem Brexit und dem Handelskonflikt zwischen den USA und China dominiert. Dazu kommen strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie (Elektromobilität und autonomes Fahren), die sich auch auf Österreich auswirken werden. Andererseits ist die Lage im auf den Inlandsmarkt konzentrierten Segment der Wirtschaft, also vor allem des Dienstleistungssektors, nach wie vor gut, was zu niedriger Arbeitslosigkeit und hohem Auslastungsgrad führt.

Die Lehre aus jahrelanger extrem lockerer Geldpolitik ist, dass ein Stimulus nicht ausreicht (möglicherweise auch gar nicht notwendig ist), um die Barrieren, die die wirtschaftliche Performance in Europa behindern, zu entfernen. Die unerwünschten Nebenwirkungen negativer Zinssätze und *quantitativer Lockerung* dürften die erhofften Effekte sogar übersteigen. Zu diesen Nebenwirkungen gehören das Enteignen von Sparern, das Eingehen von exzessiven Finanzrisiken, das Aufpäppeln von Zombiunternehmen, die in einem „normalen“ Zinsumfeld pleitegehen würden, sowie eine damit einhergehende fehlgeleitete Ressourcenallokation (z.B. Blasenbildung bei Immobilien und Aktien, wodurch die Ungleichheit weiter zunimmt).

Der Wahrung fiskalischer Flexibilität sollte größerer Stellenwert beigemessen werden, denn

der aktuelle Schwächeanfall der Wirtschaft ist mit der Krise vor 10 Jahren nicht vergleichbar. So wird z.B. für Österreich weiterhin ein Wirtschaftswachstum in etwa im Einklang mit dem Wachstum des Produktionspotenzials erwartet, auch für den Euroraum geht die OECD in ihrem aktuellen *Wirtschaftsausblick* von einem Wachstum von mehr als ein Prozent in den Jahren 2020 und 2021 aus. In den Vereinigten Staaten wurde kürzlich das Wachstum für das dritte Quartal nach oben revidiert. Da ein Stimulus angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit den internationalen Handelskonflikten wenig bewirken kann, erscheint es naheliegender, das Pulver der Fiskalpolitik bis auf Weiteres im Trockenem zu halten.

Design und Zeitpunkt von fiskalpolitischen Maßnahmen wollen gut überlegt sein, wenn sie ihre Wirkung entfalten sollen. Zwar ist die verzögerte Wirkung der Fiskalpolitik zu beachten, aber voreiliger Stimulus könnte längst fällige Strukturreformen lähmen – wie das bereits die expansive Geldpolitik getan hat. Strukturreformen sind allerdings für dauerhaften Wohlstand unerlässlich. Für Kärnten könnte das z.B. bedeuten, das Chaos im Bildungswesen zu beenden und im Gesundheitsbereich eine bessere Fokussierung vorzunehmen – Maßnahmen, die mit Einspareffekten bei gleichzeitig besserer Performance einhergehen würden. Der Landesrechnungshof schlägt diesbezüglich zahlreiche Maßnahmen vor, die umgesetzt werden könnten, ohne die Landesschulden weiter in die Höhe zu treiben.

Ein koordinierter Einsatz von Fiskal- und Geldpolitik ist wichtig und richtig. Die beiden Bereiche sollten aber weiterhin klar getrennt bleiben. Versuche der EZB, zu einer Klimafeuerwehr zu werden sind kritisch zu hinterfragen, da sie dafür kein Mandat und keine demokratische Legitimation hat. Der Klimawandel stellt gewiss ein finanzielles Risiko dar, viele andere Entwicklungen jedoch auch. Damit besteht die Gefahr eines „anything goes“ und eine mögliche Vermischung der Kompetenzbereiche. Das Aufweichen der Trennung von Finanz- und Geldpolitik führt auf einen gefährlichen Pfad, wenn – wie bereits in der Vergangenheit – Zentralbanken dem Willen und der Laune der jeweiligen Regierung ausgesetzt werden oder Zentralbanken de facto Fiskalpolitik betreiben.

Die europäische Geldpolitik ist zentralisiert, nicht jedoch die Fiskalpolitik. Fiskalische Stimulierung lediglich in Deutschland (Frankreich und Italien haben dafür keinen Spielraum) ist kein Königsweg, sie kann aber ein Katalysator für europaweite Bemühungen zu langfristigen und nachhaltigen Wachstum darstellen, damit am Ende nicht die Kassen voll sind, das Land jedoch kaputt ist (*Stern* vom 7.11.2019).

Norbert Wohlgemuth

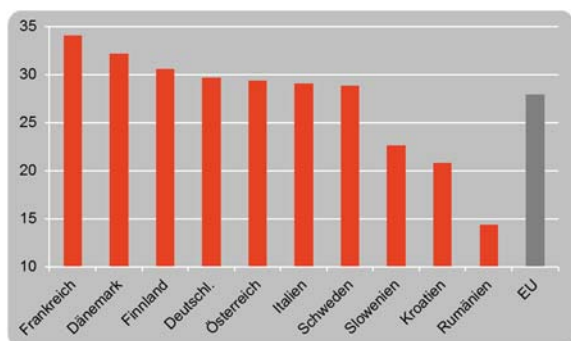
Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Mittlere Jahresnettoeinkommen von Pensionist/innen nach Bundesländern, 2017
Euro

	Frauen	Männer
Burgenland	14.308	21.608
Kärnten	13.764	20.957
Niederösterreich	15.702	23.018
Oberösterreich	14.482	22.431
Salzburg	14.985	22.591
Steiermark	13.611	21.206
Tirol	13.403	22.026
Vorarlberg	13.143	21.879
Wien	17.771	22.867
Österreich	15.039	22.259

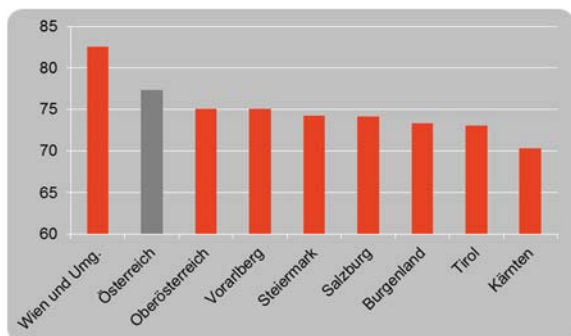
Quelle: Rechnungshof; eigene Darstellung KIHS

Ausgaben für soziale Sicherung, 2017
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

Regionaler Wettbewerbsindex der EU 2019
Gesamtranking, 0 – 100 Punkte



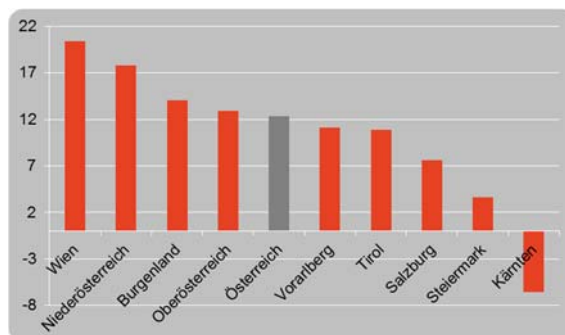
Quelle: Europäische Kommission; eigene Darstellung KIHS

Außenhandel der Bundesländer, 2018
Ein- und Ausfuhren beweglicher Güter in Mio Euro

	Einfuhren	Ausfuhren
Burgenland	2.593	2.298
Kärnten	7.038	8.109
Niederösterreich	26.686	23.149
Oberösterreich	28.875	38.189
Salzburg	13.198	10.804
Steiermark	19.295	24.749
Tirol	11.942	12.715
Vorarlberg	7.958	10.491
Wien	38.129	19.502

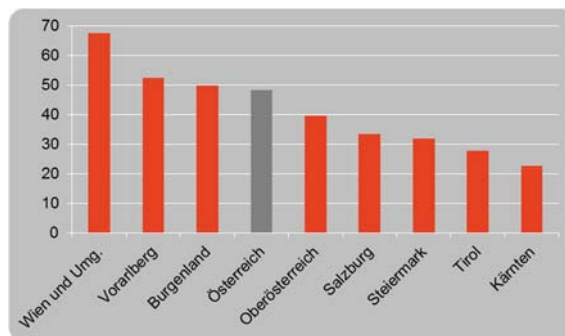
Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Bevölkerungswachstum nach Bundesländern
2010 gegenüber 2018, Veränderung in Prozent



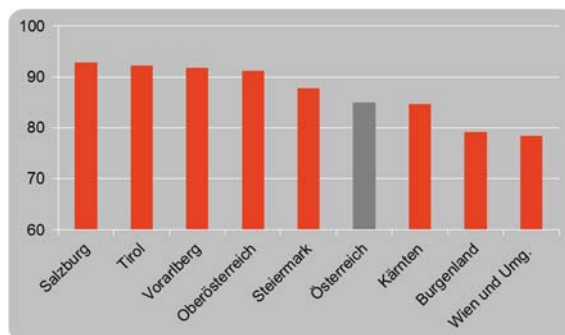
Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Regionaler Wettbewerbsindex der EU 2019
Infrastruktur, 0 – 100 Punkte



Quelle: Europäische Kommission; eigene Darstellung KIHS

Regionaler Wettbewerbsindex der EU 2019
Arbeitsmarkteffizienz, 0 – 100 Punkte



Quelle: Europäische Kommission; eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Universitätsstraße 65-67
 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463) 592150
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 05.12.2019